

Was ist Was? - Gremien(wahlen) an der Universität Bremen

Alle Jahre wieder wählen wir die Gremien unserer universitären und studentischen Selbstverwaltung. Beziehungsweise, um genau zu sein, gingen in den letzten Jahren weniger als 10% der gesamten Studierendenschaft wählen... Vielleicht werden es diesmal ja mehr? Aber warum überhaupt sollten wir zwischen dem 23. - 27.05. unsere neuen VertreterInnen für den Studierendenrat (SR), die Fachbereichsräte (FBR) und den Akademischen Senat (AS) wählen? Was sind denn der SR, der FBR und der AS? Und was machen diese Gremien?

Der Studierendenrat (SR)

Der Studierendenrat – an vielen anderen Hochschulen auch Studierendenparlament genannt – wird ausschließlich von euch gewählt und besteht aus 25 Studierenden. Die SR-Mitglieder beschäftigen sich mit sämtlichen Belangen der Bremer Studierenden und arbeiten gezielt auf die Verbesserung unserer Studienbedingungen hin.

Ein zentrales Recht des SR ist, über die Verwaltung der Studierendengelder zu bestimmen (derzeit sind das 9,50 € pro Studierenden und Semester, also knapp 350.000 € im Jahr). Ein Beispiel, welches durch die Studierendengelder ermöglicht wird, ist das gesamte Service-Angebot auf der

AStA Etage wie z.B. die BAföG- und Sozialberatung.

Außerdem werden im SR brennende Themen diskutiert; dieses Semester ging es zum Beispiel um die Gründung des selbst-organisierten Campusmagazins, das der SR schließlich ins Leben gerufen hat. Darüber hinaus wurde über die Abschaffung des Wahlausweises im Hinblick auf eine Steigerung der Wahlbeteiligung debattiert.

Als ausführendes Organ wählen die SR-Mitglieder mehrheitlich den Vorstand und die ReferentInnen des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Dieser ist an die Beschlüsse des SR gebunden und wird durch diesen auch kontrolliert. Der SR kann demnach die Weichen dafür stellen, welche Initiativen und studentischen Anliegen gefördert werden sollen und welche nicht.

Akademischer Senat (AS)

Der Akademische Senat ist das höchste Beschlussorgan der Universität. Der AS tagt unter dem Vorsitz der Rektorin bzw. des Rektors und besteht aus 22 Mitgliedern (7 ProfessorInnen, 5 DekanenInnen, 6 MitarbeiterInnen, 4 Studierenden).

Er entscheidet unter anderem darüber, was und wie gelehrt wird und wie die Universität ihre Gelder einsetzt. Konkret geht es beispielsweise um Stiftungsprofessuren, das Nationale Stipendienprogramm, Baumaßnahmen, sowie um Zulassungsbeschränkungen von Studiengängen oder auch die Gestaltung der Prüfungsordnungen.

Der Fachbereichsrat (FBR)

Jeder der zwölf Fachbereiche an der Universität wählt einen eigenen Fachbereichsrat. Diesem FBR gehören sowohl Studierende (insgesamt 2), ProfessorInnen (7) und MitarbeiterInnen (4) an, wobei die Statusgruppen jeweils nur ihre eigenen Vertreterinnen und Vertreter wählen können. Im FBR werden über Angelegenheiten von Bedeutung für den eigenen Fachbereich entschieden, z.B. die Inhalte von Studien- und Prüfungsordnungen des Fachbereichs oder auch die Berufungen neuer ProfessorInnen.

Geht wählen!

Viele gute Gründe sprechen dafür, wählen zu gehen. Nicht nur finanziert sich die studentische Selbstverwaltung durch einen Teil unserer Semesterbeiträge, sondern die Universität ist für viele Jahre auch unser Lern- und Forschungsbereich. Sie ist der Raum, in dem wir einen Großteil unseres sozialen- und Uni-Alltags verbringen. Unsere Wünsche und Interessen können über den SR und den AStA in die Uni eingehen. Themen wie die Prüfungsordnungen, Anwesenheitspflicht, Gestaltung des Campusgeländes, Mensaessen, Partys/Sportevents oder die Berufung von ProfessorInnen gehen uns alle an. Je höher unsere Wahlbeteiligung, desto repräsentativer wird die studentische Vertretung in sämtlichen Verhandlungen.

Tipps & Termine

- 6.05. – 5.06.:** Bremer Kunstfrühling: Zeitgenössische Kunst von über 50 Künstlerinnen und Künstlern aus Bremen und Umgebung, in der Gleishalle am Güterbahnhof
- 12./15.05.:** Duo Baeza-Moser: Geige & Klavier argentinisch: Tango und andere Kompositionen mit Tamara Moser/Klavier & Rosario Baeza/Geige, im Theatersaal der Universität, um 20 Uhr (12.5.) und 16 Uhr (15.05.)
- 16.05.:** Die AGU: Ein Rück-, Über- und Ausblick. Die Projektgruppe Die Umfrage berichtet für euch ein letztes Mal über die Ergebnisse ihrer Arbeit, im GW2 B2880, 18 Uhr
- 17.05.:** Postkoloniale Kritik als politisches Projekt: Eine Diskussion mit Kien Nghi Ha, im GW2 B2890, 18.30 Uhr. Die Veranstaltung findet statt im Rahmen des festival contre le racisme Bremen (<http://www.hb-contre-le-racisme.de>).
- 17.05.:** Nichts zu verbergen? Mehr Verantwortung bei der Polizei: Eine Podiumsdiskussion von Amnesty International, im Gästehaus der Universität (Teerhof 58), 19 Uhr
- 25.05.:** Tag der Lehre mit Veranstaltungen in allen Fachbereichen und der Verleihung des Berninghausen-Preises in der Keksdose (16 Uhr)

Impressum

Herausgeber

AStA Universität Bremen
Bibliothekstraße 3/StH
28359 Bremen

Druck

AStA Druckerei

Redaktion

Lena Graser, Johanna Vogt,
Johnny Van Hove und Sara Dahnken(V.i.S.d.P)

Layout

Jannis Tanner



Bürgerschaftswahlen: 11 Forderungen der Landes-ASTen (LA) Bremen an die Politik (2)

- Die LA erwarten, dass Kooperationen mit Drittmittelgebern dahingehend überprüft werden sollen, dass freie, unabhängige und nachhaltige Bildung weiterhin gewährleistet ist.
- Die LA rufen die Parteien dazu auf, dringend gemeinsam und paritätisch mit den Statusgruppen der Hochschulen einen ethischen Katalog in Bezug auf Drittmittelgeldgeber zu erstellen. Dieser soll verbindlich klären, welche finanziellen Unterstützungen nach welchen Kriterien vertretbar sind. Die Statusgruppen sollen im gesamten Entscheidungsprozess ein verbindliches Mitspracherecht haben.
- Die LA erwarten mehr Geld für die Studentenwerke, damit beispielsweise die Beratungsstellen entlastet werden, mehr Wohnheime und qualitativ angemessenes Mensa-Essen angeboten werden können und das Studentenwerk den im BremHG formulierten Auftrag erfüllen kann.
- Die LA wollen einen MA-Rechtsanspruch für alle BA-AbsolventInnen.
- Die LA erwarten finanzielle Unterstützung für familienfreundliche Maßnahmen, wie die Erweiterung des KiTa-Angebots oder die Ermöglichung eines Teilzeitstudiums an allen Hochschulen.
- Die LA bestehen auf ein allgemeinpolitisches Mandat der Studierendenschaften in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Der Wahlmonat Mai und wir

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, Mai ist Wahlmonat. Erst kommen die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 22., und direkt im Anschluss die Wahlen zum Studierendenrat (SR) und den universitären Gremien. Zeit, nochmal genauer hinzuschauen und nachzuhaken.

Wer von euch beim *Wahl-O-Mat* Bremen Thesen beantwortet hat, dürfte bereits auf zwei wichtige Punkte gestoßen sein: die Frage nach einem Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz und einer möglichen Ausweitung des BAföG. Doch wie stehen die verantwortlichen Parteien zu den vielen anderen brennenden Themen rund um die Studiensituation und die Studierbarkeit an unserer Universität?

Wir haben uns gemeinsam mit den anderen Hochschul-ASten zusammengesetzt und einen Fragenkatalog erarbeitet. *Wird es mehr Studentenwohnheime geben? Werden im Zuge der doppelten Abiturjahrgänge mehr Mittel für Studienplätze zur Verfügung gestellt? Wie stehen die Parteien zu Studiengebühren?* Einige Auszüge aus den Antworten möchten wir euch in dieser Ausgabe des AStA Aktuell vorstellen. Alle Fragen und Antworten in Gänze findet ihr auf der AStA-Homepage (asta.uni-bremen.de).

Aufbauend auf die Antworten der Parteien (CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) haben wir, die Landes-ASten, unsere eigenen Positionen aus Sicht der Studierenden entwickelt. Es entstanden 11 Forderungen an die zukünftige Bremer Bürgerschaft, die wir am 9.5. in einer Pressekonzferenz an die Öffentlichkeit gaben und hier für euch nochmal auflisten.

Ziel des ganzen Projekts der Wahlprüfsteine ist es, das Thema Hochschulen und Studierende mehr in den Blickwinkel der Bremer Politik zu rücken, denn leider ist es im Landeswahlkampf quasi nicht existent. Darüber hinaus möchten wir eine Informationsbasis für euch schaffen, damit ihr und wir Bescheid wissen, was die Parteien zu Fragen, die eben genau uns betreffen, eigentlich zu sagen haben.

Eine freudige Lektüre wünscht,



Foto: Jürgen Howaldt

Was sagen die Parteien über uns? Eine Auswahl der Aussagen

Kommen die allgemeinen Studiengebühren? Kriegen die Hochschulen in Bremen endlich mehr Geld und die ausländischen Studierenden bald ein bisschen finanzielle Unterstützung? In den Parteiprogrammen sucht man vergeblich nach Antworten über die Lebenssituation der Studierenden, daher fragten die ASten die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien nochmal schriftlich nach. Eine Auswahl einiger Antworten.

Studiengebühren?

Die Idee der allgemeinen Studiengebühren stößt auf wenig Sympathie bei den Parteien. Am deutlichsten formuliert es Die Linke, die „jede Form von Studiengebühren ab[lehnt]“. Die FDP ist generell skeptisch gegenüber einer staatlichen Einmischung und möchte die Einführung allgemeiner Studiengebühren den Hochschulen überlassen. Auch Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU machen sich für ein kostenloses „Erststudium“ stark. Während die Grünen unter diesem Begriff ein Bachelor- und Master-Studium verstehen, will die CDU nur den gebührenfreien Bachelor garantieren. Die SPD verzichtet auf eine genaue Stellungnahme des Begriffs.

Mehr Geld für die Hochschulen?

Kriegen die Bremer Hochschulen mehr Geld und mehr Personal, um den Zustrom der Studierenden im Kontext der doppelten Abiturjahrgänge zu bewältigen? Die CDU sieht keine „Handlungsnotwendigkeit, um die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auszuweiten.“ Angesichts der Schuldenlage Bremens gibt es auch ein klares Nein bei der FDP und der SPD. Letztgenannte

gibt zwar zu, dass die Bedingungen nicht befriedigend sind, aber dass sich mit der jetzigen Ausstattung trotzdem ein „qualitativ hochwertiges Wissenschaftssystem aufrechterhalten lässt“. Bündnis 90/Die Grünen und die Linke setzen auf die Solidarität zwischen Bund und Ländern, um eine finanzielle Aufstockung vorzunehmen.

Mehr Fördermöglichkeiten für ausländische Studierende?

Sollen ausländische Studierende, die das ganze Studium in Bremen absolvieren wollen, mehr Fördermöglichkeiten bekommen? Die Linke stellt fest, dass ausländische Studierende „faktisch vom BAföG-Bezug ausgeschlossen“ sind und wünscht sich „einen klaren Kurswechsel“. Das Gleiche gilt für Bündnis 90/Die Grünen, die eine sofortige Gleichstellung aller Studierenden befürworten, sowie die Beseitigung sämtlicher zusätzlicher Hürden. Laut SPD, FDP und CDU gibt es hier keinen Handlungsbedarf: die wenigen (theoretisch bestehenden) Fördermöglichkeiten reichen aus und gehören laut der SPD zu den besten Europas: „In keinem anderen Land gibt es diese Art der Förderung“.

Rüstungsindustrie und die Hochschulen

Dürfen die Hochschulen Geld von der Rüstungsindustrie annehmen und soll das ins Bremische Hochschulgesetz festgeschrieben werden? Die CDU lehnt die Aufnahme in das Hochschulgesetz ab, weil sie nicht handhabbar sei. Auf Grund der Forschungsfreiheit und der wirtschaftlichen Wichtigkeit der „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ im Land Bremen, ist eine Zivilklausel für die FDP ebenfalls kaum tragbar. Das Gegenprogramm bietet die Linke, die sich klar gegen die „Militarisierung der Hochschulen“ positioniert und zur gesetzlichen Aufnahme der Zivilklausel aufruft. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD befürworten den Weg der freiwilligen Selbstverpflichtung aller Bremer Hochschulen.

Bürgerschaftswahlen: 11 Forderungen der Landes-ASten (LA) Bremen an die Politik (1)

1. Die LA fordern, dass der Staat kostenfreie Bildung garantiert. Studiengebühren, teure Sprachkurse und weitere (versteckte) Kosten sind nicht akzeptabel.
2. Die LA erwarten die Bereitstellung von mehr Mitteln für die ohnehin unterfinanzierten Hochschulen, besonders im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht. Dadurch soll auch der zunehmenden Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln entgegengewirkt werden.
3. Die LA rufen die Parteien auf, sich auf nationaler Ebene für eine Ausweitung des BAföG im Hinblick auf ausländische Studierende stark zu machen, die das ganze Studium in Bremen absolvieren. Finanzielle Hürden und Beschränkungen auf Basis von Nationalität sind im Kontext zunehmender studentischer Mobilität nicht mehr zeitgemäß und müssen sofort abgebaut werden.
4. Die LA fordern die gesetzlich verankerte Anstellung von Gleichstellungsbeauftragten auf allen Hochschulebenen. Frauenbeauftragte reichen nicht länger aus um die gesellschaftliche Repräsentativität der Hochschullandschaft – im Sinne von Nationalität, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung und mehr – zu gewährleisten.
5. Die LA fordern die sofortige Aufnahme der Zivilklausel ins Landesgesetz, damit sicher gestellt wird, dass Forschung und Lehre aller staatlichen Hochschulen nur Zivilzwecken dienen.